

## Kommentar

### Putins Russland: Zu einem geordneten Staatswesen

Als im Jahre 1992 die Reformen des damaligen amtierenden Ministerpräsidenten Gajdar die Transformation der Planwirtschaft einleiteten, befand sich Russlands Wirtschaft bereits im freien Fall. Dieser endete in der Währungs- und Finanzkrise vom August 1998. Seitdem erholt sich die Wirtschaft. Im Juli dieses Jahres (2000) verabschiedete Putins erste Regierung ein neues umfassendes Reformprogramm. Dieses Programm besitzt drei prägnante Merkmale: Erstens ergänzt es die bisherigen Gajdarschen Reformen in wichtigen Bereichen (Steuern, Aktienrecht usw.), zweitens enthält es eine soziale Dimension (vor allem Reform der Sozialversicherungen, aber auch Bildung, Kultur usw.), und drittens zielt es auf eine deutliche Präsenz der Föderalregierung in Wirtschaft und Gesellschaft (Re-Zentralisierung, Beschränkung der Macht der Teilrepubliken, Strukturpolitik). Besonders die beiden letzten Punkte sind Gegenstand von Kritik und werden von einigen Beobachtern als Bestandteile des Szenarios eines "autoritären Staates" oder gar einer "Re-Sowjetisierung" gewertet. Ist eine solche Reform überhaupt notwendig? Schließlich erholt sich die Wirtschaft seit der Krise vor zwei Jahren. Sind nicht die erstaunlich hohen Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts von rund 7 % in diesem Jahr Beweis genug für den späten Erfolg der Gajdarschen Reformen?

Die Analyse rät zur Vorsicht: Die Erholung der Wirtschaft wurde extern verursacht, insbesondere vom außergewöhnlich hohen Weltmarktpreis für Rohöl. Infolgedessen stiegen die Löhne, die Nachfrage nach Vorleistungen und die Staatsausgaben drastisch an. Die russische Wirtschaft hat aber noch nicht den Beweis für ein selbsttragendes Wachstum erbracht. Eine grundlegende Reform der Wirtschaft bleibt auf der Tagesordnung. Ob jedoch das neue Programm die interne Wachstumsfähigkeit herzustellen vermag, hängt von der Lösung zweier zentraler Probleme ab, die Gajdars Reformen vernachlässigten: die Rechtsunsicherheit und die moralische Krise der Gesellschaft.

Der Mangel an *Rechtsstaatlichkeit* ist eines der größten Investitionshindernisse. Rechtsunsicherheit verbindet sich mit einem schwachen Staat. Dessen Erscheinungsformen sind für Russland allgemein bekannt: weit verbreitete Kriminalität, Nicht-Beachtung der föderalen Gesetze durch Unternehmen und Teilrepubliken, Korruption im Staatsapparat, und netzartige Mafia-Strukturen. Die Festigung des Rechtsrahmens ist Grundvoraussetzung für die Wirksamkeit aller einzelnen Reformvorhaben vom Aktienrecht über die Regulierung der natürlichen Monopole bis hin zur Steuerreform. Zur Herstellung der Rechtssicherheit gehört insbesondere die Eindämmung der politischen Macht wichtiger ökonomischer Akteure. Diese "Oligarchen" erlangten im Zuge einer intransparenten Privatisierung die Verfügungsmacht über große Bereiche der Volkswirtschaft und sind häufig in der Schattenwirtschaft tätig und für Kapitalflucht verantwortlich. Die Rückkehr des Staates macht sich hier unter anderem in der teilweisen Entmachtung der Regionen (Föderationssubjekte), im verschärften Vorgehen der Steuerbehörden gegen die "Oligarchen" und in der Regulierung der natürlichen Monopole in der Energieversorgung bemerkbar. Die eingangs erwähnte Kritik, hier handele es sich um das Auftreten eines autoritären Staates und um die Abkehr von westlichen Demokratiemustern, ist angesichts der Reformblockaden in der Jelzin-Ära nicht nachvollziehbar.

Die zweite Voraussetzung für den Erfolg eines jeden Reformansatzes ist die Schaffung eines neuen *sozialen Vertrages*, mit dem die moralische Krise in der Gesellschaft überwunden wird. Diese Krise wurzelt in der verbreiteten Armut bei starker Einkommens- und Vermögensungleichheit und ist mit sozialen Spannungen verbunden. Diese russische Regierung hat die Bedeutung des Problems offenbar verstanden. Das Programm beginnt mit den sozialen Reformen, und die Reformen zur Modernisierung der Wirtschaft folgen. Im Grunde wird so der Maßstab geliefert, an dem für die Bevölkerung der Sinn der Transformation messbar wird. Gerade hier unterscheidet sich das Programm vom Reformkonzept 1992.

Kritisch ist allerdings anzumerken, dass das Programm noch zu vage ist. Dies lädt zur Verwässerung ein, sodass der gesamte Reformansatz unwirksam würde. Die guten wirtschaftlichen Daten könnten, oberflächlich betrachtet, leicht als Alibi für weitere Verzögerungen und Abschwächungen in der Reformbewegung dienen.

Hubert Gabrisch (gab@iw-halle.de)